

presse

DAX-Konzerne liefern den erneuten Beweis: Freiwilligkeit ist Stillstand

Anlässlich einer aktuellen Umfrage der Financial Times Deutschland zur Einführung einer Frauenquote erklären die frauenpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion Caren Marks und die Sprecherin der Arbeitsgruppe Gleichstellungspolitik Christel Humme:

Um den Frauenanteil in Aufsichtsräten und Vorständen zu erhöhen, bedarf es einer gesetzlichen Quote für Frauen.

Laut einer Umfrage der Financial Times Deutschland wollen sich einzelne DAX-Unternehmen, darunter Henkel, Metro und Fresenius, nicht einmal eine individuelle Quote für Frauen in Führungspositionen geben. Das bestätigt abermals, dass wir mit Freiwilligkeit von Unternehmen keinen Schritt vorwärts kommen. Vor allem zeigt es auch: Der Vorschlag einer freiwilligen Selbstverpflichtung von Unternehmen für eine Quote von Bundesfrauenministerin Schröder ist schon im Ansatz kläglich gescheitert.

Dass gesetzliche Quoten sowohl für Aufsichtsräte als auch für Vorstände verfassungsrechtlich unbedenklich sind, hat erst kürzlich eine öffentliche Anhörung im Rechtsausschuss des Deutschen Bundestages bestätigt. Auch die Justizministerkonferenz der Länder unterstützt eine gesetzliche Regelung.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten fordern die Bundesregierung auf, den Weg der Freiwilligkeit zu verlassen. Zehn Jahre sind genug und für eine gesetzliche Regelung zu sorgen. Noch mehr Beweise, dass Freiwilligkeit nichts bewirkt, brauchen wir nicht.